



## Informationsbrief der Bundes-SGK

für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 8. Februar 2020

1. **Wahlprogramm der SPD** | Olaf Scholz stellt vier Zukunftsmissionen in der Jahresauftaktklausur der SPD vor
2. **konkret.kommunal.mobil** | Digitale Fachkonferenz der Bundes-SGK am 27. Februar 2021
3. **Delegiertenversammlung der SGK Niedersachsen** | Christiana Steinbrügge zur neuen Vorsitzenden gewählt
4. **SGB II Änderungsvorschläge** | Bundes-SGK begrüßt die Vorschläge im Referentenentwurf aus dem Hause von Hubertus Heil
5. **Neue Wohnformen – Die soziale Qualität des Wohnens stärken** | Aktuelle Veröffentlichung der FES in der Reihe WISO direkt
6. **Förderung für den Klimaschutz in den Kommunen** | Angebote des Service- und Kompetenzzentrums Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)
7. **VKU-Verbandstag am 9.März 2021** | In diesem Jahr 100% digital

## 1. Wahlprogramm der SPD | Olaf Scholz stellt vier Zukunftsmissionen in der Jahresauftaktklausur der SPD vor

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner Jahresauftaktklausur am 7./8. Februar 2021 einen Beschluss über vier Zukunftsmissionen der SPD einstimmig beschlossen. Olaf Scholz stellte die vier Zukunftsmissionen als Kernbestandteil einer künftigen Regierungspolitik vor, die sich den zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts stellt. Hier stellen wir die vier Zukunftsmissionen mit ihren jeweils fünf wichtigen Kernforderungen als Kurzfassungen vor:

### Zukunftsmission: Deutschland wird spätestens 2050 ein klimaneutrales Industrieland sein. Die Weichen dafür stellen wir in den 2020er Jahren:

- Wir brauchen **mehr Tempo beim Ausbau der Infrastrukturen** von morgen: Wir brauchen Stromnetze, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen, er darf ihm nicht hinterherhinken.
- Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** muss ambitionierter werden, wollen wir den Strombedarf von morgen decken. Bis 2040 soll der Strombedarf möglichst vollständig aus Wind- und Sonnenenergie gedeckt werden.
- Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorkopplung“), werden wir die **EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen** und aus dem Bundeshaushalt finanzieren.
- Wir wollen eine **moderne Wasserstoffindustrie** aufbauen und Deutschland zum weltweiten Leitmarkt für Wasserstoff-Technologien machen. Die Phase der Pilotprojekte muss vorbei sein - wir brauchen zügig Projekte im großindustriellen Maßstab.
- **Gebäudesektor muss schrittweise CO<sub>2</sub>-neutral werden.** Gerade im Bestands-Mietwohnungsbau gibt es noch viel zu tun.

### Zukunftsmission: Wir werden bis 2030 das modernste Mobilitätssystem Europas aufbauen:

- Wir stehen für einen **nachhaltigen Verkehrsmix** und das gesamtstaatliche Ziel einer Mobilitätsgarantie: Jede und jede Bürger/in soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben.
- Unser Ziel ist ein **flächendeckendes Schnellladenetz** für E-Autos in der Stadt und auf dem Land. Außerdem werden wir ein Wasserstoff-Tankstellennetz aufbauen, insbesondere für einen CO<sub>2</sub>-freien Schwerlastverkehr.
- Wir werden den **Deutschlandtakt für die Bahn** umsetzen, die Schieneninfrastruktur weiter ausbauen und stillgelegte Trassen reaktivieren.
- Wir werden den **Aufbau und Ausbau heimischer Wertschöpfungsketten einer modernen E-Mobilität** fördern
- Wir unterstützen die **Automobil-Zulieferindustrie** bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder.

### Zukunftsmission: Ein digital souveränes Deutschland und Europa:

- Wir setzen uns ein für eine **gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft** von der Halbleiter-Fertigung und Quantencomputing über die Cloud und Künstliche Intelligenz bis zur IT-Sicherheit, Datenwirtschaft und „heimischen“ Plattformen.
- Der **Zugang zu schnellem Internet** ist für die Teilhabe am modernen Leben elementar und für viele Unternehmen und Regionen ein wichtiger Standortfaktor. (...) Damit es nicht wieder allein bei Versprechungen bleibt, werden wir die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens 1 GBit/s garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele.

- **Der Staat muss moderner und bürgerfreundlicher werden.** Wir wollen zunächst das Ziel des Onlinezugangsgesetzes erreichen, dass Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anbieten.
- **Wir wollen einen fairen Wettbewerb auch in der digitalen Wirtschaft:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit der Umsetzung der aktuellen EU-Vorhaben (Digital Services Act und Digital Markets Act) die Anbieter kritischer Größe und mit Gatekeeper-Funktion zu echter Interoperabilität verpflichtet werden
- **Freiheit und Demokratie in der digitalen Welt erhalten:** In der durch digitale Plattformen geschaffenen Öffentlichkeit finden neue Formen der Willensbildung und des Meinungs austausches statt, aber auch Fake News und Diskriminierung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Menschen sich in der digitalen Welt als emanzipierte Bürgerinnen und Bürger mit Rechten und Pflichten bewegen können.

### **Zukunftsmission: Eine gute und moderne Gesundheitsversorgung für alle**

- Dass die **gezielte Förderung von Innovationen und neuen Methoden** erfolgreich sein kann, hat aktuell das Beispiel BioNtech gezeigt. Wir wollen die besten Medikamente und besten medizinischen Produkte entwickeln und werden deswegen in die Forschung, auch im Bereich der personalisierten Medizin weiter investieren.
- Wir müssen die **Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung** entschlossener nutzen. Der Schlüssel dazu sind Investitionen in die digitale Infrastruktur, um Prozesse zu optimieren und neuartige E-Health-Anwendungen mit hohem medizinischem Nutzen flächendeckend zu verbreiten.
- **Eine gute Gesundheitsversorgung muss flächendeckend und umfassend und sein.** Die Gesundheitsversorgung ist für uns ein zentrales Element der öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichwertiger Lebensverhältnisse. (...)Das Fallpauschalensystem ist für die Finanzierung von Vorhaltekosten nicht geeignet. Es setzt außerdem Fehlanreize bei den Leistungen und muss gründlich überdacht werden. Wir brauchen darüber hinaus eine verbindliche Bedarfsplanung in den Ländern für ein umfassendes, zuverlässiges und flächendeckendes Versorgungssystem.
- **Schwerpunkt auf Prävention:** Unser System ist bislang zu stark auf die Versorgung im Krankheitsfall und damit auf die Wiederherstellung der Gesundheit und auch der Erwerbsfähigkeit ausgerichtet. Die Ausgaben für die Gesunderhaltung, also Prävention, betragen derzeit geringe 0,2-0,25%. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel.
- Wir setzen uns weiter ein für eine **Bürgerkrankenversicherung** und eine **Bürgerversicherung in der Pflege** im Sinne einer Pflegevollversicherung. Sie soll alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdecken. Pflege ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Länder, Landkreise und Kommunen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft Heime entstehen.

### **Mehr Informationen:**

<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/zukunftsmissionen-fuer-unser-land/07/02/2021/>

## **2. konkret.kommunal.mobil | Digitale Fachkonferenz der Bundes-SGK am 27. Februar 2021**

Die Bundes-SGK veranstaltet am 27. Februar 2021 eine digitale Fachkonferenz zum Schwerpunktthema „nachhaltige Mobilität“.

Wie bewegen wir uns Morgen? Welche Wege legen wir wie zurück? Das sind Fragen, die wir uns schon vor der Corona-Pandemie gestellt haben. Luftreinhaltung und Klimaschutz sind die Treiber einer Entwicklung, die sich mit den Begriffen der Energiewende, der Verkehrswende und der Sektorenkopplung verbindet. Im letzten Jahr, gekennzeichnet von der Pandemie, konnten wir ein verändertes Mobilitätsverhalten beobachten, erzwungen und freiwillig. Die Digitalisierung aller

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: [info@bundes-sgk.de](mailto:info@bundes-sgk.de)

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)

gesellschaftlichen Bereiche hat sich um ein Vielfaches beschleunigt. Home-Office und Co-Working verändern die Arbeitswelt. Der Onlinehandel bestimmt das Einkaufsverhalten. Reale Mobilität wird durch virtuelle Mobilität ersetzt. Was passiert da gerade in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen? Wohin steuern wir, wenn die Post-Corona-Ära kommen wird?

Diese Fragen sind Gegenstand unserer Fachkonferenz bei der wir u.a. Svenja Schulze, die Bundesumweltministerin, Kirsten Lühmann, die verkehrspolitische Sprecherin und Bernhard Daldrup, den kommunalpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie Anke Rehlinger, stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes und viele mehr begrüßen dürfen.

**Mehr Informationen** zu der Veranstaltung dem Programm und die **Möglichkeit zur Anmeldung** finden sich hier:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/bundes-sgk-veranstaltet-digitale-fachkonferenz>

### **3. Virtuelle Delegiertenversammlung der SGK Niedersachsen | Christiana Steinbrügge zur neuen Vorsitzenden gewählt**

Am vergangenen Wochenende hat die SGK Niedersachsen in einer digitalen Mitgliederversammlung Christiana Steinbrügge zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Christiana Steinbrügge ist seit 2013 Landrätin des Landkreis Wolfenbüttel und übernimmt das Amt der Landesvorsitzenden von Ihrem Vorgänger Landrat Franz Einhaus. Die Bundes-SGK gratuliert Christiana Steinbrügge herzlich zu Ihrer Wahl und wünscht Ihr für die vor Ihr liegenden Aufgaben alles Gute und freut sich auf die gemeinsame Zusammenarbeit. Franz Einhaus hat die Geschicke der SGK Niedersachsen über Jahre erfolgreich gelenkt. Hierfür gilt Ihm besonderer Dank.

**Weitere Informationen:**

[www.sgk-niedersachsen.de](http://www.sgk-niedersachsen.de)

### **4. SGB II Änderungsvorschläge | Bundes-SGK begrüßt die Vorschläge im Referentenentwurf aus dem Hause von Hubertus Heil**

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 05. November 2019 (1 BvL 7/16) und der damit verbundenen Feststellung der teilweisen Verfassungswidrigkeit von Sanktionen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten beim Bezug von Arbeitslosengeld II bedarf es einer Novellierung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. Des Weiteren wurden im Rahmen der Corona-Pandemie Regelungen zum vereinfachten Zugang zu Sozialleistungen erlassen um die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt zu minimieren. Diese sind jedoch bis zum 31. März 2021 befristet. Hierzu hat nun Bundesarbeitsminister Hubertus Heil einen Referentenentwurf vorgelegt.

Der Vorstand der Bundes-SGK hat am 29. November 2019 in seinem grundsätzlichen Positionspapier „Kommunalpolitische Anforderungen an eine sozialpolitische Weiterentwicklung des SGB II und seiner vorgelagerten Sicherungssysteme“ zahlreiche Vorschläge zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme formuliert.

Der vorliegende Referentenentwurf greift einige davon auf. Längere Karenzzeiten bei den Kosten zur Unterkunft aber auch die Regelungen zum Schonvermögen geben den Menschen Vertrauen und Sicherheit in die sozialen Sicherungssysteme. Sie ermöglichen die Konzentration auf

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: [info@bundes-sgk.de](mailto:info@bundes-sgk.de)

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)

Arbeitssuche oder berufliche Weiterbildung. Die im Entwurf formulierten Anreize zur Weiterbildung für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte bieten diesen die Chance zur Teilhabe am Arbeitsmarkt ohne das Prinzip des „Fördern und Fordern“ auszuhöhlen.

Die gesellschaftliche Mitte darf nicht zum Verlierer der Corona-Krise werden. Der vorliegende Referentenentwurf gibt den Bürgerinnen und Bürgern, die kurzfristig auf Sozialleistungen angewiesen sind und jenen die durch die aktuelle Corona-Pandemie und deren Auswirkungen in Notlage geraten mehr Sicherheit und Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme.

Der vorliegende Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales stellt eine sinnvolle Weiterentwicklung des Sozialstaates dar. Er bietet die Chance, Fehlentwicklungen in der Hartz IV-Gesetzgebung weiter zu korrigieren und langjährige gesellschaftspolitische Debatten um Hartz IV zu beenden. Er stellt die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zur Partizipation am Arbeitsmarkt in den Vordergrund und grenzt sich damit von Überlegungen zum bedingungslosen Grundeinkommen ab.

Die Bundes-SGK begrüßt daher ausdrücklich die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegten Gesetzesänderungen. Im Koalitionsausschuss am 3. Februar 2021 gab es zumindest eine Einigung darüber, die im Zuge der Corona-Epidemie geltenden Regelungen im Hinblick auf den erleichterten Zugang zu Leistungen der Grundsicherung nach SGB II, wie die Erhöhung des Schonvermögens und die Karenzzeit bei der Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraumes, bis Ende 2021 zu verlängern.

#### **Weitere Informationen:**

Positionspapier der Bundes-SGK zum Referentenentwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/bundesvorstand-verabschiedet-positionspapier-geplanten-aenderungen-sgb-ii>

#### **5. Neue Wohnformen – Die soziale Qualität des Wohnens stärken | Aktuelle Veröffentlichung der FES in der Reihe WISO direkt**

Manfred Sternberg und Petra Weis greifen in dieser Veröffentlichung einen in der aktuellen wohnungspolitischen Debatte nicht im Zentrum stehenden Aspekt auf. Wie sieht es mit den Wohnbedürfnissen im Hinblick auf die soziale Qualität des Wohnens aus? Was tut sich bei neuen Wohnformen und wie können wir sie in der Wohnungspolitik stärker berücksichtigen?

#### **Die Publikation ist hier herunterladbar:**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/17298.pdf>

#### **6. Förderung für den Klimaschutz in den Kommunen | Angebote des Service- und Kompetenzzentrums Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)**

In unserem Informationsbrief von vergangendem November haben wir bereits auf die Förderprogramme des Bundesumweltministeriums unter anderem zum kommunalen Klimaschutz aufmerksam gemacht. In dieser Ausgabe möchten wir daran anknüpfen und informieren über das Angebot des Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK). Das SK:KK ist angesiedelt beim Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU), arbeitet zusammen mit den kommunalen

Spitzenverbänden und leistet erste Hilfestellung für Kommunen, die im Klimaschutz aktiv werden wollen. Es berät und vernetzt Kommunen und dient auch mit Praxisbeispielen.

Mit dem Konjunkturpaket zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden auch mehr Investitionen in den Klimaschutz beschlossen. Das SK:KK informiert über die Einzelheiten: erhöhte Förderquoten, reduzierte Mindesteigenanteile und Möglichkeiten auf eine 100-Prozent-Förderung. Die neuen Förderkonditionen sollen für alle Förderanträge und Projektskizzen der Kommunalrichtlinie, für Förderaufrufe Klimaschutz durch Radverkehr und für Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte gelten, die bis zum 31. Dezember 2021! eingereicht werden.

Informationen über aktuelle Beratungstermine und Förderprogramme sind unter dem unten aufgeführten Link zu finden.

**Weitere Informationen:**

<https://www.klimaschutz.de/neues-vom-skkk-30>

**7. VKU-Verbandstag am 9.März 2021 |** In diesem Jahr 100% digital

Am 9. März 2021 findet die VKU-Verbandstagung statt – Corona-bedingt in einem neuen Veranstaltungsformat und zu 100 Prozent digital via Übertragung ins „Netz“. Das Motto in diesem Jahr lautet „Smart, digital und kommunal halten wir Deutschland am Laufen!“.

Die Leitveranstaltung der Kommunalwirtschaft bringt wenige Monate vor der Bundestagswahl Branchenvertreter/innen mit politischen Entscheidern/innen, aber auch Impulsgebenden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Start-ups zusammen, um zentrale Fragen der Daseinsvorsorge zu diskutieren. So soll es unter anderem darum gehen, wie die Energiewende vorangebracht und das Klima geschützt werden kann. Weitere Fragestellungen der Veranstaltung sind: Wie kann der Turbo für den Glasfaserausbau gezündet werden? Wie können Ressourcen geschont, Abfall vermieden und mehr recyceltes Material genutzt werden.

**Das Programm und weitere Informationen finden sich unter:**

[VKU-Verbandstagung 2021 - 100% digital | #KommunalDigital](#)

**Datenschutzgrundverordnung**

Seit dem 25.05.2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Deshalb haben wir unsere Datenschutzerklärung angepasst. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Informationsbrief auch weiterhin beziehen möchten. Andernfalls haben Sie jederzeit die Möglichkeit, sich davon abzumelden.

<https://www.bundes-sgk.de/kontakt>

<https://www.bundes-sgk.de/datenschutzerklaerung>

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: [info@bundes-sgk.de](mailto:info@bundes-sgk.de)

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)